

OMNIBUS

Info 21. Februar 2010

Inhalt:

1. Arbeitskreis OMNIBUS am 13./14. März in Wiesbaden
2. Jahresbericht 2009 im Internet
3. "Schule in Freiheit" in Vorbereitung
4. Anhörung zur Europäischen Bürgerinitiative in Brüssel
5. Bundesweite Volksabstimmung in Diskussion

1. Arbeitskreis OMNIBUS am 13./14. März in Wiesbaden

Wir laden Sie/Euch wieder herzlich ein zum Arbeitskreistreffen in Wiesbaden. Der Gesprächskreis wird am **Samstag 13. März um 19.30 Uhr eröffnet mit einem Beitrag von Michael von der Lohe: "Warum die Schulen Freiheit brauchen"**. Um stimmige Begriffe ausbilden zu können, braucht der neugeborene Mensch in den ersten Lebensjahren Originale. Zum Beispiel: Holz statt Laminat, richtige Erlebnisse statt Medienkonsum. Wie wichtig ist dann für den Heranwachsenden in der Schule, daß auch die Lehrer Originale sind? Also Menschen mit einem eigenen Impuls, die nicht genötigt sind, in erster Linie bloß allgemeingültiges, reproduzierbares Wissen zu vermitteln. Kommt es z.B. im Physikunterricht weniger auf das an, was im Lehrbuch steht und vielmehr darauf, daß der Lehrer ein begeisterter Physiker ist?

Am Sonntag 14. März geht der Arbeitskreis von 9 bis 13 Uhr und wird eingeleitet mit einem Beitrag von Kurt Wilhelmi: "Wie können wir die Freiheit finanzieren?" Kurt Wilhelmi wird von der Berliner Volksinitiative "Schule in Freiheit" berichten, die im Mai mit der Unterschriftensammlung starten will.

Bereits am Freitag 12. März gibt es eine Lesung aus "Der Ganze Riemen" mit Johannes Stüttgen, Beginn ist 20 Uhr. Mehr Informationen und Anmeldung bei: Regine Radke, Tel. 03643 - 49 41 46

2. Jahresbericht 2009 im Internet

Eine Zusammenfassung unserer Arbeit finden Sie nun online. Der Jahresbericht dokumentiert die Höhepunkte 2009 und gibt einen Überblick über Ausgaben und Einnahmen. Siehe: www.omnibus.org/fileadmin/omnibus.org/PDF/Sonstiges/Infobrief_2010_1.pdf

3. "Schule in Freiheit" in Vorbereitung

Der Berliner OMNIBUS-Arbeitskreis hat sich in den vergangenen Monaten intensiv mit der Schulproblematik auseinandergesetzt und möchte in diesem Jahr eine Volksinitiative "Schule in Freiheit" auf den Weg bringen. Dazu Kurt Wilhelmi aus Berlin: "Eine lebendige Demokratie braucht mündige Schulen, in denen die Menschen frei arbeiten können. Das ist eine Frage, die jeden Bürger betrifft. Deshalb möchten wir die Schulfrage zu einem öffentlichen Thema der Bürgergesellschaft machen. Wir möchten mit den Lehrern, den Schülern und allen Bürgern gemeinsam überlegen, wie wir die Ideen der gleichberechtigten Finanzierung, der pädagogischen Freiheit und der organisatorischen Selbstständigkeit im Schulwesen Wirklichkeit werden lassen können." Auf www.omnibus.org/schule.html finden Sie weitere aktuelle Informationen.

4. Anhörung zur Europäischen Bürgerinitiative in Brüssel

Der EU-Reformvertrag enthält die erste Regelung zur direkten Demokratie, die es Bürgern unterschiedlicher Staaten erlaubt, gemeinsam ihre Stimme zu erheben: die Europäische Bürgerinitiative. Es handelt sich um ein Initiativrecht, mit dem der Europäischen Kommission Vorschläge unterbreitet werden können. Nun wird die Ausgestaltung dieses Rechtes debattiert. Auf der Seite www.mehr-demokratie.de/eu-buergerinitiative.html finden Sie eine Zusammenstellung der Positionen des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und von Mehr Demokratie e.V. Am Montag 22. Februar gibt es in Brüssel eine große Anhörung zur Europäischen Bürgerinitiative. Gerald Häfner, Daniel Schily und Michael Efler von Mehr Demokratie e.V. werden dort vertreten sein und auch zu Wort kommen. Die Anhörung können Sie per Livestream (9.30 Uhr - 17.30 Uhr) mitverfolgen:

<http://scic.ec.europa.eu/str/basic/ccab0d/>

5. Bundesweite Volksabstimmung in Diskussion

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat für eine Verlängerung der Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre geworben. Dazu erklärte Daniel Schily, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie: „Wenn künftig nur noch alle fünf Jahre gewählt wird, dann fallen für einen heute 18jährigen Menschen im Lauf seines Lebens drei bis vier Wahlen weg. Ohne die gleichzeitige Einführung bundesweiter Volksabstimmungen wäre diese Verlängerung eine unerträgliche Beschneidung demokratischer Mitbestimmungsrechte“. Die Volksentscheids-Befürworter im Bundestag sollten jetzt die Chance ergreifen, sich konsequent für bundesweite Volksentscheide einzusetzen. Nach einer Umfrage von Mehr Demokratie wollen 63,5 Prozent aller derzeitigen Bundestagsabgeordneten die Einführung Direkter Demokratie auch auf Bundesebene. Weiter:

[www.mehr-demokratie.de/752.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=6575&tx_ttnews\[backPid\]=276&cHash=ea14a0e8c0](http://www.mehr-demokratie.de/752.html?&tx_ttnews[tt_news]=6575&tx_ttnews[backPid]=276&cHash=ea14a0e8c0)

Der OMNIBUS-Newsletter erscheint etwa monatlich. Falls Sie ihn nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie dies bitte einfach per email mit an: berlin@omnibus.org . Auch Rückfragen, Anregungen und Informationen bitte an diese Adresse

OMNIBUS - Büro Berlin
Haus der Demokratie
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Tel. 030 - 42 80 43 90
berlin@omnibus.org
www.omnibus.org
www.aktion-volksabstimmung.de
www.democracy-in-motion.eu